

Pressemitteilung

Ein Sofortprogramm für die Berliner S-Bahn zur Wiederherstellung eines planmäßigen Verkehrs ist nötig und möglich!

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Deutschen Bundestag hat es abgelehnt eine Delegation von S-Bahn Kollegen und Kolleginnen, Gewerkschaftern und Betriebsräten zu empfangen.

„Das erfüllt uns mit Befremden“, so Peter Polke, einer der Initiatoren der Delegation und Betriebsratsmitglied bei der Berliner S-Bahn: „Wir hätten aufzeigen können, dass sofort Maßnahmen eingeleitet werden können, die einen sicheren Verkehr der Berliner S-Bahn ermöglichen.“ „Das gilt umso mehr, als wir, die Belegschaft, die gewerkschaftlichen Vertrauenspersonen und der Betriebsrat, schon seit langem auf die Probleme der Berliner S-Bahn GmbH hingewiesen haben“, heißt es in dem Offenen Brief an die Mitglieder des Verkehrsausschuss

In dem Brief an die Ausschussmitglieder wird noch einmal festgehalten:

- **„Berlin und angrenzende Landkreise Brandenburgs haben ein Recht auf eine funktionierende S-Bahn!“**
- **Die Bürgerinnen und Bürger dieser Region haben das Recht auf Mobilität!**
- **Die Auslieferung der Beschäftigten an die unerträglichen und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen muss beendet werden!**

Die politischen Entscheidungen dafür haben Sie als Abgeordnete zu treffen. Die Bundesregierung hat die Verantwortung, Ihre Entscheidungen umzusetzen. Die Deutsche Bahn AG hat den entsprechenden Maßnahmen nachzukommen. – statt die die Deutsche Bahn mit 500 Mio. Euro Gewinnentnahme weiter kaputt zu sparen.“

Entsprechend werden Vorschläge für

- Ein **Sofortprogramm** für die Berliner S-Bahn
- Eine **Mittelfristige Planung** zur dauerhaften Sicherung des S-Bahn Betriebs:
- Und eine **Langfristige Planung** zur Sicherung der Öffentlichen Daseinsvorsorge im Land gemacht.

Über die Einsetzung eines Kontrollausschusses soll die Umsetzung der Planung bei der S-Bahn überprüft werden.

Er soll sich zusammensetzen aus Vertretern des Verkehrsausschusses des Bundestages, Vertretern der Verkehrsausschüsse der Länder Berlin und Brandenburg; der Gewerkschaften, des Betriebsrats, sowie Technikern und Kollegen und Kolleginnen des S-Bahn-Betriebs vor Ort.

Diesem Kontrollausschuss sind die Geschäftsführung der S-Bahn GmbH und Vertreter der Deutschen Bahn AG Ausschuss Auskunft- und Rechenschaftspflichtig.

Für Rückfragen: Peter Polke; E-Mail: peterpolke@t-online.de, 0173-60 61 805

Anlage: Offener Brief an den Verkehrsausschuss